

## **Antrag Fraktion SVP**

**vom 30. Oktober 2020**

### **Traktandum RG 0116/2020: Änderung des Gesetzes über den Justizvollzug (JUVG)**

#### Rückweisung

#### Begründung:

In der Botschaft wird auf Seite 17 tatsachenwidrig behauptet, dass eine Pflicht zur Führung einer Beratungsstelle Gewalt bestehe. Art. 55a Abs. 2 StGB (neu) soll vielmehr wie folgt lauten:

« .... Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht kann für die Zeit der Sistierung die beschuldigte Person dazu verpflichten, ein Lernprogramm gegen Gewalt zu besuchen. Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht informiert die nach kantonalem Recht für Fälle häuslicher Gewalt zuständige Stelle über die getroffenen Massnahmen. ...»

Es geht also nur um eine **Informationspflicht**, nicht um eine Stellenbeschaffungspflicht. Wie die Regierung selber schreibt, werden heute schon polizeilich weggewiesene Personen der **Bewährungshilfe** gemeldet. Die Regierung begründet nicht, weshalb die Bewährungshilfe dazu nicht mehr in der Lage sein soll. Lernprogramme gegen Gewalt können zudem auch durch private Leistungserbringer durchgeführt werden.

Weiter behauptet die Regierung, dass bei Annahme der Vorlage die Strukturen mit der Vorlage effizienter werden (vgl. Botschaft, Ziff. 3.4, Seite 18):

« ... Dies hat einen **signifikanten Effizienzgewinn** zur Folge. ... Ferner trägt die Restrukturierung des AJUV, wonach die Kompetenzen für Vollzugsentscheide jeweils auf der dafür sachgerechten Stufe angesiedelt werden, ebenfalls massgeblich zur **Förderung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit** des staatlichen Verwaltungshandelns bei. .... »

Wenn dem so ist, braucht es auch keine neuen Stellen. Genau das Gegenteil wird jedoch in der Botschaft gefordert (vgl. Botschaft, Ziff. 3.1, Seite 17 und 18):

Abteilung Bewährungshilfe: zwischen 1,0 bis 1,6 zusätzliche Vollzeitstellen  
Juristischer Bereich: 1,6 zusätzliche Vollzeitstellen  
Kantonspolizei: 2,0 zusätzliche Vollzeitstellen («**konservativ geschätzt**»)

Mit anderen Worten will die Regierung 5 oder mehr zusätzliche Vollzeitstellen.

Diese Widersprüche sind von der Regierung zuerst zu bereinigen, bevor über die Vorlage beschlossen werden kann.